

**Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-001313/2026
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Markus Buchheit (ESN), Alexander Sell (ESN), Alexander Jungbluth (ESN), Volker Schnurrbusch (ESN), Tomasz Froelich (ESN)

Betrifft: Unrechtmäßige Einmischung durch die EU und Verletzung der Souveränität
Uruguays

Unlängst bestätigten sich Entwicklungen, dass EU-Organen und von der EU finanzierte nichtstaatliche Organisationen an Gerichtsverfahren beteiligt sind, die derzeit in Uruguay – einem souveränen, demokratischen Drittstaat – anhängig sind. Diese Verfahren betreffen Ereignisse aus der Zeit der De-facto-Regierung (1973-1985), obwohl zuvor gesetzgeberische Maßnahmen angenommen und mittels demokratischer Verfahren und in Volksabstimmungen bestätigt wurden.

1. Mit welcher Rechtsgrundlage begründet die Kommission die Beteiligung an laufenden Gerichtsverfahren in Uruguay, zumal diese Verfahren im Widerspruch zu Gesetzen und Volksabstimmungen stehen, die im Rahmen demokratischer Verfahren angenommen bzw. durchgeführt wurden?
2. Welchen externen nichtstaatlichen Organisationen oder politischen Stiftungen, die an Rechtsstreitigkeiten oder Beratungstätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Verfahren beteiligt sind, hat die Kommission direkt oder indirekt Finanzmittel zur Verfügung gestellt?
3. Wie bewertet die Kommission die Vereinbarkeit einer solchen Finanzierung mit den Grundsätzen der Nichteinmischung und der Achtung der Staatssouveränität?

Eingang: 30.3.2026